



Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung

23. Sitzung (nicht öffentlich)

26. November 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.10 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenographin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2400

Vorlage 12/1544

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

1

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

- Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

1

Der Ausschuß stimmt über die diesem Protokoll als Anlage beigefügten Anträge mit folgenden Ergebnissen ab:

Antrag Nr. 1 (SPD/GRÜNE) wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Antrag Nr. 2 (SPD/GRÜNE) wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Antrag Nr. 3 (CDU) wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Antrag Nr. 4 (CDU) wird **zurückgezogen**.

Losgelöst von den Haushaltsberatungen beschließt der Ausschuß einstimmig, Anfang nächsten Jahres - jedoch nicht vor Ende Januar - das Thema "Mittelabfluß im investiven Bereich" auf die Tagesordnung zu setzen. Die Ministerin wird gebeten, die dazu benötigten Fakten vorher zur Verfügung zu stellen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Antrag Nr. 5 (CDU) wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Der den Ausschuß betreffenden Teil von **Einzelplan 10** - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft - wird unter Einbeziehung der zuvor angenommenen Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei -

Einzelplan 03 - Innenministerium -

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport -

Die den Umweltausschuß betreffenden Teile von **Einzelplan 02** - Ministerpräsident und Staatskanzlei -, **Einzelplan 03** - Innenministerium - und **Einzelplan 15** - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport - werden getrennt abgestimmt und jeweils mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

In der **Gesamtabstimmung stimmt** der Ausschuß dem Gesetzentwurf Drucksache 12/2400 Vorlage 12/1544 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **zu**.

2 Stand und Perspektiven der Sicherung der Trinkwasserversorgung der Nord-Eifel

Bericht der Landesregierung

10

Die Ministerin berichtet; es schließt sich eine kurze Diskussion an.

3 Welchen Inhalt hat die Stellungnahme der Landesregierung vom 8. Juni 1997 an die Europäische Kommission bezüglich des Braunkohletagebaus Garzweiler II?

Bericht der Landesregierung

13

Die Ministerin erstattet den von der CDU-Fraktion erbetenen Bericht. Sie sagt zu, dem Ausschuß die Stellungnahme der Bundesregierung zur Verfügung zu stellen, falls dies möglich ist.

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2400

Vorlage 12/1544

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

- Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Vorsitzender Klaus Strehl weist darauf hin, daß unmittelbar vor der Sitzung drei Anträge der CDU-Fraktion und zwei Anträge der Koalitionsfraktionen eingegangen seien.

Werner Stump (CDU) bittet die Ministerin, vor der Diskussion über die Anträge die geplanten Einsparungen der Landesregierung, die sich auf den Umweltetat auswirkten, vorzustellen.

Ministerin Bärbel Höhn schlüsselt die in der gestrigen Kabinettsitzung festgelegten Kürzungen in Höhe von 2 Milliarden DM auf: etwa 600 Millionen DM Gemeinden, 500 Millionen DM Verkauf von Besitzungen des Landes, 500 Millionen DM globale Minderausgabe. Die restlichen 400 Millionen DM setzten sich aus kleineren Positionen wie beispielsweise Zinszahlungsveränderungen zusammen. Von der globalen Minderausgabe in Höhe von 500 Millionen DM sei das MURL mit etwa 27,2 Millionen DM betroffen. Zudem hätten sich die Fraktionen gestern noch auf eine zusätzliche globale Minderausgabe verständigt, durch die der Umweltetat mit weiteren 4 Millionen DM belastet werde. Insgesamt ergebe sich also eine Belastung von etwa 31,2 Millionen DM. Außerdem hätten die Fraktionen beschlossen, ihre Anträge durch eine Verlängerung der Stellenbesetzungssperre von 12 auf 15 Monate gegenzufinanzieren.

(Die Liste der Anträge der Fraktionen ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt. Die Anträge der CDU-Fraktion, 1. - 3. Antrag, erscheinen im folgenden als Antrag Nr. 3 - 5. - Die **Abstimmungsergebnisse** zu den einzelnen Anträgen sind **ausschließlich im Beschlußprotokoll** aufgeführt.)

Antrag Nr. 1 (SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kap. 10 050 Titelgruppe 61 - Aufklärungsprogramm "Ökologische Abfallwirtschaft"

Streichung des bisherigen Ansatzes von 550 000 DM

in Verbindung mit

Antrag Nr. 2 (SPD/BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kap. 10 050 Titel 537 15 - Untersuchungen, Versuche und Vorplanungen im Bereich der Abfallwirtschaft, Kreislaufwirtschaft, Stoffwirtschaft und Biotechnologie

Erhöhung des Ansatzes von 700 000 DM auf 1 200 000 DM

Johannes Remmel (GRÜNE) führt aus, daß die Umschichtung dazu dienen sollte, nach dem Vorbild des produktionsintegrierten Umweltschutzes eine handelsintegrierte Abfallwirtschaft durch eine mögliche Kooperation zwischen entsorgungspflichtigen Körperschaften und dem Einzelhandel anzudenken.

Antrag Nr. 3 (CDU)

Kap. 10 050 Titelgruppe 66 - Naturnaher Wasserbau; Gewässerauenprogramm; Hochwasserschutz und wasserwirtschaftliche Vorarbeiten

Erhöhung des Ansatzes von 24 280 000 DM um 24 050 000 DM

Werner Stump (CDU) legt dar, daß die CDU mit ihrem Antrag beabsichtige, den Hochwasserschutz zu verstärken, der weder mittel- noch langfristig den Anforderungen genüge.

Ministerin Bärbel Höhn teilt mit, daß gestern vom Kabinett eine Ergänzungsvorlage verabschiedet worden sei, die für den Hochwasserschutz 8,2 Millionen DM zusätzlich vorsehe. Mit der jetzt im Haushalt eingestellten Summe könnten alle geplanten Projekte finanziert werden. Weitere Mittel könnten zur Zeit nicht eingesetzt werden, da weitere Projekte nicht weit genug in der Planung seien, um begonnen zu werden.

Deshalb schlägt **Johannes Remmel (GRÜNE)** der CDU vor, ihren Antrag zurückzuziehen. Außerdem seien die Deckungsvorschläge nicht akzeptabel, da Abfallverwertungs- und Abfallbeseitigungsanlagen, produktionsintegrierter Umweltschutz und der Gewässerkundliche Dienst herangezogen würden.

Hans Peter Lindlar (CDU) weist darauf hin, daß es mehr zu tun gebe, als lediglich Deiche zu sanieren, die Köln, Bonn und den betroffenen Gebieten in Nordrhein-Westfalen nichts nützten. Vielmehr müßten Schutzmaßnahmen gegen das Moselhochwasser und die Hochwäs-

ser, die vom Schwarzwald ausgingen, den Rhein hinunterflößen und dann in Bad Godesberg aus dem Mittelgebirgsraum in konzentrierter Form in die Ebene strömten, ergriffen werden.

In Köln sei gegenwärtig lediglich ein zusätzlicher Retentionsraum vom 11 Millionen cbm geplant, dessen Umsetzung allerdings noch in weiter Ferne liege. Es fehlten noch immer länderübergreifende Projekte. Die Ministerin selbst habe vor einem Jahr davon gesprochen, sich an solchen Maßnahmen finanziell zu beteiligen. Der länderübergreifende Hochwasserschutz sei ein wichtiger Bestandteil der Antragsbegründung. Planungen oberhalb von Nordrhein-Westfalen könnten umgesetzt werden, wenn sich NRW daran beteilige.

Werner Stump (CDU) widerspricht Johannes Rimmel, daß der Antrag überflüssig und sachlich nicht begründet sei. Bei allen vier Deckungsvorschlägen befinde sich die CDU in guter Gesellschaft:

Beim produktionsintegrierten Umweltschutz halte der Fraktionsvorsitzende der SPD die geplante Kopfstelle für überflüssig.

Bei den Abfallverwertungs- und Abfallbeseitigungsanlagen habe er immer noch die Stellungnahme der Sozialdemokraten im Ohr, daß für MBAs keine weitere öffentliche Förderung erfolgen solle. Jetzt sei der Ansatz jedoch von 3 auf 10 Millionen DM erhöht worden.

In Podiumsdiskussionen werde von der SPD betont, daß bei Garzweiler II kein Untersuchungsbedarf mehr bestehe. Nun sei aber eine Mittelstärkung vorgesehen, da zur wasserwirtschaftlichen Erkundung des Braunkohletagebaus Garzweiler II Gutachten erstellt werden sollten. Daß die Sozialdemokraten zum Thema "Umweltabgaben" ein Gutachten brauchten, um zu überlegen, wie der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen durch zusätzliche Umweltabgaben zu stärken sei, passe in die Linie.

Diese Widersprüchlichkeiten dienten dem Ziel, die Koalition aufrechtzuerhalten. Dazu müßten den GRÜNEN "Spielkästen" angeboten werden, die gar nicht ausgeschöpft würden, weil der Markt nicht darauf reagiere. Trotz der gegenwärtig finanziell desolaten Lage würden also Steuergelder verschwendet, um die Koalition zu finanzieren. Für diese Spielereien habe die CDU kein Verständnis. Denn eigentlich müßten die Sozialdemokraten allen Deckungsvorschlägen der CDU zustimmen, da auch sie sich so geäußert hätten.

Johannes Rimmel (GRÜNE) hält der CDU entgegen, daß sie mit ihrem Antrag nicht den Hochwasserschutz stärken, sondern Zwietracht unter den Koalitionspartnern säen wolle.

Er merkt zu den Deckungsvorschlägen der CDU an:

In der letzten Sitzung sei zum produktionsintegrierten Umweltschutz einvernehmlich festgestellt worden, daß eine Koordination nötig sei.

Der Titel für MBAs müsse noch verstärkt werden; denn dabei handele es sich um Wirtschaftsförderung; eine Verringerung schade den Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen. Es sei ein Armutszeugnis, wenn die Umweltministerin für die Firma Babcock nach Spanien fahren

müsse, um für eine Technologie zu werben, für die es in Nordrhein-Westfalen keine Referenzanlage gebe.

Gutachten zu ökologischen Umweltabgaben seien notwendig, da das gesamte Finanzsystem ökologischen Anforderungen angepaßt werden müsse. Dieser Aufgabe sollte sich auch die CDU stellen.

Zu gewässerkundlichen Untersuchungen und wasserwirtschaftlichen Planungen habe es in jüngster Zeit genug Nachrichten gegeben, die rechtfertigten, diesen Titel in der vorgesehenen Höhe zu belassen.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) nimmt ebenfalls zu den Deckungsvorschlägen der CDU-Fraktion Stellung:

Der Ansatz von 3 Millionen DM für produktionsintegrierten Umweltschutz ändere nichts an der Auffassung der SPD, daß für eine aufgeblähte Verwaltungskopfstelle im produktionsintegrierten Umweltschutz kein Platz sei. Die 3 Millionen DM müßten für produktionsintegrierte Umweltschutzprojekte eingesetzt werden.

Im Sinne der Technologieförderung müßten sicherlich einige MBA-Pilotprojekte errichtet werden. Damit solle aber keinesfalls in eine Ausweitung der Beseitigungskapazitäten eingestiegen werden.

Auch unnötige Gutachten werde die SPD nicht unterstützen.

Der Deckungsvorschlag, die 14 Millionen DM für die ökologische Verbesserung im Emscher-Lippe-Raum ersatzlos zu streichen, sei weder ökologisch noch regional zu vertreten.

Gerd Mai (GRÜNE) bittet um Erläuterung der Vorwürfe in der Begründung des CDU-Antrags Nr. 4, daß bei der Emschergenossenschaft Bewilligungsbescheide über 50 Millionen DM "in der Schublade" lägen.

Werner Stump (CDU) ist der Auffassung, daß sich die SPD selber in Frage stelle. Die SPD habe festgestellt: keine Kopfstelle, keine MBA, keine neuen Umweltabgaben; keine weiteren Untersuchungen zu Garzweiler, da bereits alles untersucht sei. Die CDU-Anträge versuchten, die erkennbaren Spielräume zwischen Sozial- und Christdemokraten zu nutzen und nicht, die Koalitionäre auseinanderzuidividieren.

Die CDU wehre sich ausdrücklich nicht gegen das Emscher-Lippe-Programm, sondern sie wolle darauf hinweisen, daß Bewilligungsbescheide in Höhe von ungefähr 50 Millionen DM in der Schublade lägen, die für andere wichtige Maßnahmen im Lande Nordrhein-Westfalen verwendet werden müßten. Die CDU gehe sogar noch weiter und überlege, ob Bewilligungsbescheide nicht befristet werden könnten. Es gehe nicht an, daß Bewilligungsbescheide erst nach zwei bis drei Jahren umgesetzt würden, da erst dann die technischen und planerischen Voraussetzungen gegeben seien. Das sei kein sorgsamer Umgang mit vorhandenen Mitteln.

Hans Peter Lindlar (CDU) macht deutlich, daß die CDU in der Öffentlichkeit dokumentieren werde, daß sie den Hochwasserschutz habe verstärken wollen.

Er erinnert die Ministerin daran, daß die CDU inzwischen acht Monate auf die Antwort auf ihre Große Anfrage zum Thema "Hochwasserschutz" warte. Diese lange Wartezeit sei ein Zeichen dafür, wie mit diesem Thema umgegangen werde.

Vorsitzender Klaus Strehl weist darauf hin, daß der Ansatz für Kapitel 10 050 Titelgruppe 66 in Höhe von 24 280 000 DM aus dem Jahre 1997 stamme und auch die Deckungsvorschläge in der Summe nicht genau 24 050 000 DM ergäben.

Werner Stump (CDU) macht darauf aufmerksam, daß der Ansatz für Kapitel 10 050 Titelgruppe 66 von 1997 den Ansatz für den Teilbereich "Ökologische Verbesserung im Emscher-Lippe-Raum" mit enthalte.

MR Kayser (MURL) erläutert, daß im Haushalt 1998 die Position "Ökologische Verbesserung im Emscher-Lippe-Raum" in die Titelgruppe 66 integriert worden sei, weil die Mittel in den vergangenen Jahren nicht im erwarteten Umfang abgeflossen seien. Damit solle erreicht werden, daß die Mittel gegebenenfalls für den Hochwasserschutz eingesetzt werden könnten und nicht am Ende des Jahres verfielen.

Trotz dieser Integration müsse der Ansatz für Kapitel 10 050 Titelgruppe 66 im Änderungsantrag Nr. 3 für 1998 über die Gesamtsumme von 34 380 000 DM lauten.

Werner Stump (CDU) versteht den Ansatz so, da der Bereich "Ökologische Verbesserung im Emscher-Lippe-Raum" in die Titelgruppe 66 integriert worden sei: 24 Millionen DM aus dem Jahre 1997 plus 10 Millionen DM Emscher-Lippe-Programm plus 14 Millionen DM Deckungsvorschläge ergäben, alles abgerundet, 48 Millionen DM.

Antrag Nr. 4 (CDU)

Vorsitzender Klaus Strehl bittet Werner Stump, die Intention des Antrages zu erklären, da die Antragstellung aus der Auflistung verschiedener Fakten nicht hervorgehe.

Auf die Frage von **Werner Stump (CDU)**, welche Summe beim Ansatz 1997 in Höhe von 47 510 000 DM auch abgeflossen sei, antwortet **Ministerin Bärbel Höhn**, daß im Augenblick weder Gelder eingingen noch abfließen, da man in Verhandlungen mit dem AAV stehe, der zur Zeit nur durch eine Kraftanstrengung der Landesregierung am Leben erhalten werde. Die

Verhandlungen mit der Wirtschaft seien abgeschlossen; die Verträge der chemischen Industrie und der Stahlindustrie lägen vor, aber die Entsorger brauchten noch etwas Zeit, da sie Einzelverträge abschließen müßten. Ein Haushaltsansatz 1998 von null bedeute das Scheitern dieser Vereinbarung, da kein Geld mehr dafür vorgesehen wäre. 1997 habe eine entsprechende Summe vorgehalten werden müssen, da die Schwierigkeiten der Wirtschaft bei der Umsetzung nicht absehbar gewesen seien. Der Landesrechnungshof sei mit diesem Verfahren einverstanden.

Werner Stump (CDU) legt dar, daß die CDU mit diesem Beispiel habe deutlich machen wollen, welche Luftbuchungen im Umwelthaushalt vorhanden seien, die Haushaltswahrheit und -klarheit verletzen, da bei einer Reihe von Haushaltstiteln keine Mittelabflüsse stattgefunden hätten.

Auf den Einwurf von **Gerd Mai (GRÜNE)**, Beispiele zu nennen, führt **Werner Stump (CDU)** die Bewilligungsbescheide für die Emschergenossenschaft an, die in der Schublade lägen. Weitere Beispiele wolle er nicht anführen, da kein Dialog gewünscht werde.

Die CDU werde den Rechnungshof darauf aufmerksam machen, daß durch solche Luftbuchungen Haushaltswahrheit und -klarheit verletzt würden. Es werde nicht seriös gearbeitet, da die globale Minderausgabe mit Luftbuchungen erwirtschaftet werde.

Ministerin Bärbel Höhn hält den AAV für ein denkbar schlechtes Beispiel, weil die Entsorger kurz davor stünden, ihre Beiträge zusammenzubekommen. Dann fielen genau diese Einnahmen an. Außerdem handele es sich um eine Position, für die lediglich die Mittel verausgabt würden, die auch hereinkämen. Es sei daher nicht möglich, für diese Position keinen Betrag anzusetzen.

Mit seinem zweiten Punkt habe **Werner Stump** ein Problem angesprochen, das nicht nur bei der Position Emscher-Seseke auftrete, sondern auch bei der Abwasserabgabe. Für beide Positionen würden Anträge beschieden, und damit lägen die Mittel fest. Wenn die Genehmigungen nicht innerhalb einer bestimmten Zeit ausgeübt würden, gebe es bisher kein Rechtsmittel, sie wieder zu entziehen. Hinzu komme, daß die Mittel im Bereich "Wasser", selbst wenn die Genehmigung erteilt und die Maßnahmen eingeleitet seien, sehr langsam abflössen. An diesem Problem werde derzeit in ihrem Hause gearbeitet.

Auf den Einwurf von **Werner Stump (CDU)**, Bewilligungsbescheide zu befristen, antwortet die **Ministerin**, daß dies nach Ansicht der Fachleute nicht so einfach funktioniere. Bei der Emschergenossenschaft seien beispielsweise Probleme bei den Grundstückskäufen aufgetreten. Eine weitere Schwierigkeit entstehe, wenn die Bewilligungsempfänger auf Altlasten stießen.

Hans Peter Lindlar (CDU) weist darauf hin, daß man bei den Gesprächen mit MR Kayser (MURL) festgestellt habe, daß bestimmte Haushaltsansätze wie die Emschergenossenschaft nicht ausgenutzt würden. Es mache keinen Sinn, Bewilligungsbescheide in die Schublade zu legen, wenn die Dispositionsmasse des Haushaltes so knapp sei. Wenn im Ministerium an diesem Thema gearbeitet werde, sei das sicher der richtige Weg.

Die von Johannes Rimmel geforderten Beispiele könnten nachgeliefert werden. Wenn das Haushaltsjahr abgelaufen sei, könne in einer Gegenüberstellung festgehalten werden, welche Haushaltspositionen des Umwelthaushalts zu hoch oder zu niedrig angesetzt gewesen seien.

Der letzte Absatz zeige die Intention des CDU-Antrags Nr. 4. Der Ansatz "Verwendung des Aufkommens für die Lizenzerteilung zur Entsorgung ausgeschlossener Abfälle" solle nicht auf null gesetzt werden, sondern er diene als Beispiel, daß Mittelansätze und -abflüsse nicht aufeinander abgestimmt seien. Aus Gründen der Haushaltsklarheit habe die CDU auf diesen Mangel hinweisen wollen und gebeten, ihn abzustellen.

Hans Krings (SPD) meint, daß Befristungen nicht das geeignete Mittel sei, wenn der Antragsteller bereits mit der Maßnahme begonnen habe. Der Städtebau versuche, sich mit dem Maßnahmenträger zu einigen, die noch nicht benötigten Mittel freiwillig zurückzugeben, mit der Zusicherung, sie wieder bewilligt zu bekommen, wenn sie gebraucht würden.

Johannes Rimmel (GRÜNE) stellt richtig, daß die GRÜNEN selbstverständlich bereit seien, über Probleme beim Mittelabfluß zu diskutieren. Die Unterstellung, es seien Luftbuchungen vorgenommen worden, müßten sie jedoch zurückweisen. Für einen solchen Verdacht müßten klare Beispiele genannt werden. Dazu sei die CDU nicht in der Lage gewesen.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) hat die CDU so verstanden, daß sie eine Jahresrechnung erwarte, um Soll und Ist zu vergleichen und den Mittelabfluß abzulesen, was am Ende eines Haushaltsjahres sowieso statfinde. Die SPD habe jedoch während der Legislaturperiode die Frage des Mittelabflusses immer wieder gestellt, weil sie daraus Konsequenzen für die Zukunft habe ziehen wollen.

Werner Stump (CDU) stellt klar, daß die CDU durchaus weitere Beispiele herausgearbeitet habe und auch nennen könne. Auch beim Haushaltsansatz von 3 Millionen DM für den produktionsintegrierten Umweltschutz seien 1997 keine Gelder abgeflossen. Der Streit um die Kopfstelle werde wieder zu Ausgaben von null führen.

Vorsitzender Klaus Strehl präzisiert die Antragstellung der CDU, die - wie von Hans Peter Lindlar ausgeführt - im letzten Absatz des Antrages zum Ausdruck komme: "Um die Haushaltsklarheit wenigstens ansatzweise wiederherzustellen, ist für Bewilligungsbescheide eine

Befristung vorzusehen. Wenn die zur Verfügung gestellten Mittel nicht bis zum Ende des Jahres abgerufen werden, hat eine Neubeantragung zu erfolgen."

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) ist der Auffassung, daß der Antrag so nicht beschlossen werden könne, da er unter anderem das Haushaltsrecht tangiere. Jetzt zu beschließen, Mittel, die bis zum 31.12. nicht abgerufen seien, müßten zurückfließen, sei wohl rechtswidrig und zudem politisch realitätsfremd.

Alle drei Fraktionen könnten sich sicher auf die politische Erklärung verständigen, daß bewilligte Mittel haushaltsnah zu verausgaben seien, damit durch Bewilligungen kein Geld gehortet werde und Handlungsunfähigkeit die Folge sei. Die Landesregierung könne dann Vorschläge für neue Regelungen unterbreiten. - **Gerd Mai (GRÜNE)** schließt sich den Ausführungen von Dr. Bernhard Kasperek an.

Vorsitzender Klaus Strehl bittet **Werner Stump**, den Tenor des CDU-Antrags noch einmal zu verdeutlichen und herauszustellen, über was der Ausschuß abstimmen solle.

Werner Stump (CDU) führt aus, daß ein Problem, das auch haushaltstechnisch zu sehen sei, gemeinsam erkannt worden sei. Der CDU gehe es darum, zu dieser Frage ein politisches Bewußtsein zu schaffen und beim Gegensteuern mitzuwirken. Offensichtlich gebe es dabei Einvernehmen unter den Fraktionen.

Um dieses Einvernehmen zu konkretisieren, beantrage die CDU zur Tagesordnung, daß die Ministerin in der nächsten Sitzung eine Übersicht über die Haushaltspositionen gebe, bei denen der Mittelabfluß im investiven Bereich erkennbar nicht stattgefunden habe, um dann über die Ursachen zu sprechen. Außerdem werde das Ministerium gebeten, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie man diesem Problem künftig begegnen könnte. Er bittet, sich fraktionsübergreifend - mit Terminsetzung - auf diese Vorgehensweise zu verständigen, um einen gemeinsamen Erfolg zu erzielen.

Auch das folgende Argument sei ein wichtiger Grund, sich zu verständigen: Über die letzten zehn Jahre seien im Haushalt die investiven Mittel enorm zurückgeschraubt worden, was sich negativ auf die Arbeitsplätze auswirke. Wenn die begrenzten Mittel noch nicht einmal ausgegeben würden, werde zusätzlich gegen den Arbeitsmarkt gearbeitet. Es sei also auch ein konkretes arbeitsmarktpolitisches Ziel, daß die vorhandenen Gelder so schnell wie möglich verausgabt würden.

Vorsitzender Klaus Strehl faßt zusammen, daß die CDU ihren Antrag zurückziehe. Statt dessen schlage sie vor, sich auf eine gemeinsame Willenserklärung zu verständigen, daß die Ministerin in der nächsten oder übernächsten Sitzung über die in Frage kommenden Positionen berichte sowie Vorschläge unterbreite.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) hebt hervor, daß es sich nicht um die Abstimmung über einen CDU-Antrag handle, sondern daß sich der Ausschuß gemeinsam darauf verständige, über ein Problem zu diskutieren, das sowieso in einer der nächsten Sitzungen angestanden hätte.

Gerd Mai (GRÜNE) sieht die Frage des "Mittelabflusses im investiven Bereich" ebenfalls nicht als Antrag innerhalb der Haushaltsberatungen an, über den abgestimmt werden könne. Man könne jedoch einvernehmlich festhalten, daß die Ministerin eine Übersicht über die Abflüsse im vergangenen Jahr geben könne, wenn die Zahlen in einer der nächsten Sitzungen zur Verfügung stünden.

Vorsitzender Klaus Strehl hält fest:

1. Antrag Nr. 3 der CDU-Fraktion werde zurückgezogen.
2. Der Ausschuß bittet, das Thema "Mittelabfluß im investiven Bereich" Anfang nächsten Jahres - laut Ministerium könnten die Zahlen nicht vor Ende Januar vorliegen - auf die Tagesordnung zu setzen. Vor dieser Sitzung sollten vom Ministerium die Fakten zugänglich gemacht werden, damit der Ausschuß eine Diskussionsgrundlage habe. Die Ministerin werde außerdem gebeten, Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Diese einvernehmliche Willensbildung erfolge allerdings losgelöst von den Haushaltsberatungen, um ein Problem zu lösen, das sich seit Jahren angestaut habe.

Antrag Nr. 5 (CDU)

Werner Stump (CDU) begründet den Antrag. Im Plenum sei der Antrag "Zukunftsinvestitionen für Nordrhein-Westfalen" Drucksache 12/2556 eingebracht worden. Unter Ziffer 2, letzter Spiegelstrich, sei der Hinweis auf erhebliche Investitionsstaus im Bereich der Altlastensanierung gegeben. Der Deckungsvorschlag mit einem Ansatz von 100 Millionen DM ergebe sich ebenfalls aus diesem CDU-Antrag.

Vorsitzender Klaus Strehl weist darauf hin, daß der Antrag in die Haushaltsstruktur eingepaßt werden müsse und fragt, ob Kapitel 10 050 Titel 537 16 angesprochen sei. - **Werner Stump (CDU)** antwortet, daß die CDU ein "Sonderprogramm Nordrhein-Westfalen" auflegen wolle, das den Sonderpunkt Altlastensanierung beinhalte und unter einem neuen Titel erscheinen solle.

Vorsitzender Klaus Strehl macht darauf aufmerksam, daß es nicht möglich sei, eine Drucksache, die noch nicht einmal beschlossen sei, als Deckung zu zitieren.

Werner Stump (CDU) betont, daß die CDU nicht verpflichtet sei, Deckungsvorschläge zu unterbreiten. Die CDU biete jedoch mit ihrem Antrag, der im Kontext mit den gesamten Haushaltsplanberatungen gesehen werden müsse, eine Deckung an, da der vorgeschlagene Ansatz von 100 Millionen DM im Haushalts- und Finanzausschuß zusammenkomme. Denn dort werde der Antrag behandelt, mit dem Begehren der CDU, aus dem Erlös von WestLB-Anteilen - 1,5 Milliarden DM -, aus der Veräußerung von Forderungen - 1 Milliarde DM - und aus dem aktiven Immobilienmanagement - 2,5 Milliarden DM - zu erwirtschaften. - **Vorsitzender Klaus Strehl** bestätigt, daß keine Deckung vorgeschlagen werden müsse.

- Einzelplan 02** - **Ministerpräsident und Staatskanzlei**
 - Kapitel 02 020 Titelgruppe 70 "Landesentwicklungsbericht"
- Einzelplan 03** - **Innenministerium**
 - "Dezernate 54" in Kapitel 03 310
- Einzelplan 15** - **Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport**
 - Kapitel 15 100 "Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung"

Keine Diskussion; **Abstimmung** siehe **Beschlußprotokoll**.

2 **Stand und Perspektiven der Sicherung der Trinkwasserversorgung der Nord-Eifel** Bericht der Landesregierung

Ministerin Bärbel Höhn berichtet:

Die Wasserversorgung in der Nordeifel und im Raum Aachen ist dadurch geprägt, daß sie sich aufgrund der hydrogeologischen Verhältnisse zum großen Teil auf die Nutzung von Trinkwassertalsperren und Karstgrundwasserleitern stützt. Grundwasser aus geschützten Porengrundwasserleitern steht nur in äußerst geringem Maße zur Verfügung. Die genannten Gewinnungsarten sind grundsätzlich anfälliger gegen den Eintrag von Schadstoffen sowohl chemischer als auch mikrobiologischer Natur als andere zur Gewinnung von Grundwasser, so daß ein vorbeugender Schutz der Ressourcen und einwandfrei funktionierende Aufbereitungsanlagen für die öffentliche Trinkwasserversorgung von besonderer Bedeutung sind.

Das Wasserwerk des Kreises Aachen, das einen großen Teil der Region versorgt, betreibt in der Eifel zwei Aufbereitungsanlagen, und zwar an der Wehebach-Talsperre und in Roetgen. Daneben wird noch ein kleinerer Teil der Region aus der Perlenbach-

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 10
im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung
zum Haushaltsgesetz 1998

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 12/

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 10 050 Titelgruppe 61 "Aufklärungsprogramm 'Ökologische Abfallwirtschaft'"</p> <p><u>Vollständige Streichung der Titelgruppe</u></p> <p>bisher: 550 000 neu: 0</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Die Streichung dient zur Deckung für die Erhöhung des Titels 537 15 in Kapitel 10 050.</p>	

Anlage zu Vorlage 12/

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 10 050 Titel 537 15 "Untersuchungen, Versuche und Vorplanungen im Bereich der Abfallwirtschaft, Kreislaufwirtschaft, Stoffwirtschaft und Biotechnologie"</p> <p><u>Anhebung der Titel</u></p> <p>bisher: 700 000</p> <p>neu: 1 200 000</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Es werden in 1998 über den bisherigen Haushaltsrahmen hinaus Mittel für weitere Untersuchungen und Vorplanungen über neue Kooperationsformen im Bereich der Abfallwirtschaft zwischen entsorgungspflichtigen Körperschaften und Einzelhandel benötigt.</p>	

Die folgenden **CDU-Anträge** erscheinen im Protokoll unter folgenden **laufenden Nummern**:

Ursprüngliche Bezeichnung in der Anlage	Bezeichnung im Protokoll
1. Antrag	Antrag Nr. 3
2. Antrag	Antrag Nr. 4
3. Antrag	Antrag Nr. 5

Anträge der CDU-Fraktion zu den Haushaltsberatungen im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung

Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung möge beschließen:

Dem Haushalts- und Finanzausschuß wird empfohlen, folgende Änderungen zu beschließen:

In den Haushaltsansatz 1998 wird erstmals die ehemalige Titelgruppe 64 "Maßnahmen zur ökologischen Verbesserung des Emscher-Lippe-Gebiets" (Ansatz 1997: 14,0 Mio DM) integriert. Diese Integration wird zurückgenommen. Statt dessen erfolgt auf Basis der Haushaltsansätze 1997 folgende Änderung:

1. Antrag

Kapitel 10 050
Titelgruppe 66

Naturnaher Wasserbau; Gewässerauenprogramm; Hochwasserschutz und wasserwirtschaftliche Vorarbeiten

Ansatz:	24 280 000 DM
Erhöhung:	24 050 000 DM
neuer Ansatz:	48 330 000 DM

Deckung:

Zur Deckung werden Kürzungen bei folgenden Ansätzen herangezogen:

Kapitel 10 020
Titelgruppe 64

Produktionsintegrierter Umweltschutz

Ansatz:	3 000 000 DM
Kürzungen:	3 000 000 DM
neuer Ansatz:	0 DM

Kapitel 10 050
Titelgruppe 75

Abfallverwertungs- und Beseitigungsanlagen

Ansatz:	10 000 000 DM
Kürzungen:	10 000 000 DM
neuer Ansatz:	0 DM

Kapitel 10 120
Titel 537 10

Planungen, Versuche, Untersuchungen, Gutachten/Umweltabgaben

Ansatz:	105 000 DM
Kürzungen:	105 000 DM
neuer Ansatz:	0 DM

Kapitel 10 120
Titelgruppe 64

Gewässerkundlicher Dienst, wasserwirtschaftliche Planung, Überschwemmungsgebiete

Ansatz:	3 900 000 DM
Kürzungen:	900 000 DM
neuer Ansatz:	3 000 000 DM

Kapitel 10 050
Titelgruppe 66

Der Teilbereich "ökologische Verbesserung im Emscher-Lippe-Raum" (Ansatz 1997: 14 Mio DM; Ansatz 1998: 10 Mio DM) ist ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Der Hochwasserschutz in NRW muß weiter verbessert werden. Schwerpunkt ist die Sanierung der 150 Deich-Kilometer in NRW. Wichtiger Bestandteil eines zukunftsorientierten Hochwasserschutzes ist darüber hinaus der länderübergreifende Ansatzpunkt. Hier wird sich NRW an Projekten außerhalb der Landesgrenzen finanziell beteiligen müssen. Das hat auch gerade das Oder-Hochwasser im Sommer gezeigt:

2. Antrag

Der Haushaltsansatz 1998 zeichnet sich durch verschiedene "Luftbuchungen" aus. Das markanteste Beispiel ist:

Kapitel 10 050
Titel 657 00

Verwendung des Aufkommens für die Lizenzerteilung zur Entsorgung ausgeschlossener Abfälle

Ansatz 1998:	47 500 000 DM
Ansatz 1997:	47 510 000 DM
Mittelabfluß 1997:	0 DM
Ist 1996:	0 DM

Der Landesrechnungshof hat das Ministerium aufgefordert, nichts zu etatisieren, um offensichtliche Luftbuchungen zu vermeiden.

Außerdem ist der Mittelabfluß bei verschiedenen Haushaltsansätzen extrem niedrig. Diese Mittel verfallen, werden innerhalb des Haushalts umgeschichtet oder vom Bewilligungsempfänger gehortet. Offensichtliches Beispiel für diese unhaltbare Situation ist die Emschergenossenschaft. Sie hat für 50 Mio DM Bewilligungsbescheide "in der Schublade". Diesem Verhalten ist durch die Befristung ein Riegel vorzuschieben. Unberührt davon muß jedoch der fünfjährige Zuwendungsvertrag in Höhe von insgesamt 250 Mio DM bleiben. Die letzte Rate ist 1998 fällig. Finanziert wird dieser Vertrag aus Kapitel 10 050, Titelgruppe 68 "Abwassermaßnahmen" und aus der Abwasserabgabe.

Um die Haushaltsklarheit wenigstens ansatzweise wieder herzustellen, ist für Bewilligungsbescheide eine Befristung vorzusehen. Wenn die zur Verfügung gestellten Mittel nicht bis zum Ende des Jahres abgerufen werden, hat eine Neubeantragung zu erfolgen.

3. Antrag

Zukunftsinvestitionen für Nordrhein-Westfalen in die Altlastensanierung

Dem Haushalts- und Finanzausschuß wird empfohlen, im Rahmen eines Investitionsprogramms für 1998 folgende zusätzliche Mittel für den Haushalt für Umweltschutz und Raumordnung zu beschließen:

- 100 Mio DM für Altlastensanierung

Zur Begründung und Finanzierung wird auf den in der Plenarsitzung vom 19.11.1997 an den Haushalts- und Finanzausschuß zur abschließenden Beratung und Abstimmung überwiesenen Antrag der CDU-Landtagsfraktion Drucksache 12/2556 verwiesen (Anlage).